

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 312

Ökonomische und politische Grenzen von Wirtschaftsräumen

Von

**Thomas Apolte, Herbert Brücker, Lars P. Feld, Karl-Hans Hartwig,
Carsten Herrmann-Pillath, Wolfgang Kerber, Werner Pascha,
Markus Taube, H. Jörg Thieme, Oliver Volckart,
Hans-Jürgen Wagener**

Herausgegeben von

Uwe Vollmer



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 312

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 312

Ökonomische und politische Grenzen von Wirtschaftsräumen



Duncker & Humblot · Berlin

Ökonomische und politische Grenzen von Wirtschaftsräumen

Von

Thomas Apolte, Herbert Brücker, Lars P. Feld, Karl-Hans Hartwig,
Carsten Herrmann-Pillath, Wolfgang Kerber, Werner Pascha,
Markus Taube, H. Jörg Thieme, Oliver Volckart,
Hans-Jürgen Wagener

Herausgegeben von

Uwe Vollmer



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-12278-X

978-3-428-12278-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik des Vereins für Socialpolitik hielt seine 37. Jahrestagung vom 25. bis 27. September 2005 in Königswinter zum Rahmenthema „Ökonomische und politische Grenzen von Wirtschaftsräumen“ ab. Der vorliegende Sammelband enthält die überarbeiteten Fassungen der Referate und die schriftlichen Ausarbeitungen der Korreferate.

Besonderen Dank schulde ich Monika Bucher und Matthias Folk (Universität Leipzig) sowie Heike Frank (Verlag Duncker & Humblot) für die zuverlässige Unterstützung bei der Erstellung der endgültigen Druckvorlagen.

Leipzig, im Mai 2006

Uwe Vollmer

Inhaltsverzeichnis

Einführung	
Von <i>Uwe Vollmer</i> , Leipzig	9

Erster Teil

Zur Größe von Nationen

Gibt es eine optimale Größe der Europäischen Union?	
Referat von <i>Thomas Apolte</i> , Münster	17
Korreferat von <i>Herbert Brücker</i> , Nürnberg	41
Die Ursachen der deutschen Kleinstaaterei	
Referat von <i>Oliver Volckart</i> , Berlin	49
Kommentar von <i>Hans-Jürgen Wagener</i> , Frankfurt (Oder)	73
Heterogenität, Wachstum von Staaten und wissenschaftender politischer Wettbewerb	
Referat von <i>Carsten Herrmann-Pillath</i> , Witten / Herdecke	81

Zweiter Teil

Zur Aufgabenverteilung innerhalb von Nationen: Föderalismus versus Zentralismus

Mehr-Ebenen-Jurisdiktionssysteme: Zur variablen Architektur von Integration	
Referat von <i>Lars P. Feld</i> und <i>Wolfgang Kerber</i> , Marburg	109
Föderalisierung in Japan: Eine sinnvolle Idee zur Reform der Wirtschaftspolitik?	
Referat von <i>Werner Pascha</i> , Duisburg	147
Kommentar von <i>Karl-Hans Hartwig</i> , Münster	181

Dritter Teil

Zur Integration von Wirtschaftsräumen durch Finanznetzwerke

<i>Hawala</i> – Institutionelle Fundierung eines Zahlungssystems jenseits formaler Finanzsysteme	
Referat von <i>Markus Taube</i> , Duisburg	185
Korreferat von <i>H. Jörg Thieme</i> , Düsseldorf	213
Zu den Autoren	217

„Political borders, like many other institutions,
are the outcome of choices and interactions
by individuals and groups who pursue
their goals under constraints.“

Alesina / Spolaore (2005, S. 2)

Einführung

Von Uwe Vollmer, Leipzig

Nationalstaaten verändern ihre Größe – dies lehrt uns die Geschichte. In den letzten beiden Jahrzehnten gab es beispielsweise Wiedervereinigungen in Deutschland und im Jemen, und in Europa haben sich bislang 25 Nationen zur Europäischen Union zusammengeschlossen und erhebliche hoheitliche Kompetenzen auf eine supranationale Ebene übertragen. Umgekehrt sind die Sowjetunion, Jugoslawien oder die Tschechoslowakei in selbständige Staaten zerfallen, und in den Jahrzehnten davor haben viele ehemalige Kolonien ihre Selbständigkeit erlangt, sodass die Zahl der unabhängigen Länder von 74 im Jahre 1945 auf 193 im Jahre 2002 angestiegen ist. Davon ist mehr als die Hälfte sehr klein und hat weniger als 6 Millionen Einwohner; Tuvalu als das kleinste Mitgliedsland der Vereinten Nationen hat eine Gesamtbevölkerung von 11000 Personen. Andere Länder sind sehr groß, und das größte Land der Erde, die Volksrepublik China, umfasst derzeit 1,2 Milliarden Einwohner (*Alesina / Spolaore 2005, S. 1*).

Während der Wandel nationalstaatlicher Grenzlinien im Mittelpunkt vor allem der historischen Forschung steht, wird die Größe eines Landes in der Ökonomik zumeist als exogen angenommen und nicht erklärt; eine Ausnahme bildet vielleicht die Theorie optimaler Währungsräume, die Kriterien dafür ermittelt, wann Länder dieselbe Währung – oder feste Wechselkursrelationen – verwenden sollten. Diese bislang weitgehend unterbliebene Endogenisierung von Ländergrößen überrascht insofern, als die Größe eines Landes zumindest in gewissem Umfang als Ergebnis rationaler Entscheidungen und damit als genuin institutionenökonomische Fragestellung angesehen werden kann, wie es das eingangs zitierte Motto nahe legt. Aus institutionenökonomischer Sicht stellt sich daher eine Reihe von Fragen: Was determiniert die Größe eines Landes, gemessen beispielsweise an der Bevölkerungszahl oder an der Wirtschaftsleistung? Warum sind Nationalstaaten heute im Durchschnitt kleiner als nach Ende des Zweiten Weltkriegs? Warum werden staatliche Leistungen im Regelfall innerhalb derselben Nation angeboten, d. h. warum bezieht ein Haushalt nicht bestimmte öffentliche Güter innerhalb der einen Nation, aber andere innerhalb der anderen Nation?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer Reihe von Arbeiten, vor allem von *Friedman* (1977) sowie jüngst von *Alesina* und *Spolaore* (1997; 2005) und *Alesina*, *Spolaore* und *Wacziarg* (2000; 2005). *David Friedman* (1977) erklärt die Größe eines Landes aus der Art der Staatseinkünfte: Wo Zolleinnahmen aus mobilem Handel die Staatseinnahmen dominieren, bilden sich größere Staatsgebilde als dort, wo Staatseinnahmen aus dem immobilien Boden von großer Bedeutung sind. *Alesina* und *Spolaore* (2005) erklären die Größe eines Landes als Ergebnis eines Trade-offs zwischen den Vorteilen von Größe und den Kosten von Heterogenität von Präferenzen für öffentliche Güter und staatlichen Eingriffen: Die Größenvorteile bestehen darin, dass bevölkerungsreiche Länder auf Grund von Skalenvorteilen und Fixkostendegression öffentliche Güter zu geringeren Kosten pro Einwohner als kleinere Länder bereitstellen können; hinzu kommt, dass größere Länder effizientere Steuersysteme nutzen können. Darüber hinaus bieten größere Länder die Möglichkeit, regional unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen durch öffentliche Transfers auszugleichen und können sich eine umfangreichere Landesverteidigung als kleinere Länder leisten.

Diesen Vorteilen stehen Kosten der Heterogenität entgegen, die mit wachsender Ländergröße zunehmen: Kleine Länder weisen eine relativ homogene Bevölkerung in Bezug auf sittliche Werte, Sprache, Religion oder Kultur auf; umgekehrt ist die Bevölkerung in großen Ländern heterogener in Bezug auf diese Kriterien. Je heterogener die Bevölkerung ist, desto schwieriger wird es, Übereinkunft über die Wahl politischer Aktionen zu finden, die von einer Zentralregierung durchgeführt werden. Damit steigen die Kosten der Konsensfindung mit wachsender Heterogenität der Bevölkerung und Ländergröße an, was bremsend auf die Ländergröße wirkt. Die „gleichgewichtige“ Ländergröße ergibt sich aus diesem Trade-off zwischen Größenvorteilen und Kosten der Entscheidungsfindung bei Heterogenität.

Da Größenvorteile und Konsensfindungskosten für einzelne öffentliche Güter unterschiedlich sind, müssten Nationen, verstanden als Nutzergemeinschaften von öffentlichen Gütern, unterschiedlich groß sein; beispielsweise könnten zwei Wirtschaftssubjekte zwar durch dasselbe Verteidigungssystem geschützt werden, aber unterschiedlichen Schulsystemen angehören. In der Realität sind jedoch solche überlappenden Jurisdiktionen kaum zu beobachten, sondern unterschiedliche öffentliche Güter werden vielmehr von derselben Nation angeboten; *Alesina* und *Spolaore* (2005, S. 18 ff.) erklären dies unter Rückgriff auf Verbundeffekte (*economies of scope*), die begründen, dass es kostengünstiger sein kann, wenn eine Administration unterschiedliche öffentliche Güter bereitstellt.

Anknüpfend an diese Arbeiten hat der Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik beim Verein für Socialpolitik auf seiner 37. Sitzung in Königswinter die ökonomischen und politischen Grenzen von Wirtschaftsräumen diskutiert. Dabei wurde der etwas weiter gefasste Begriff des Wirtschaftsraums verwendet, der über den der Nation hinausgeht, um auch die Grenzen von Länderunionen, wie der Europäischen Union, zu erfassen; ansonsten wurden allerdings die Begriffe „Land“, „Nation“ und „Wirtschaftsraum“ als Synonyme verwendet.

Der vorliegende Band fasst die Ergebnisse dieser Diskussion zusammen und enthält sechs Beiträge, die zumeist von einem Korreferat begleitet werden.

Der Band ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil setzt sich mit den vorliegenden Ansätzen zur Erklärung von Nationen am Beispiel der Europäischen Union und des Deutschen Reiches auseinander und hinterfragt sie aus institutionenökonomischer Sicht. Zunächst fragt *Thomas Apolte* (Universität Münster) „Gibt es eine optimale Größe der Europäischen Union?“. Dazu präsentiert er ein einfaches Konzept der optimalen Gemeinschaftsgröße, das – ähnlich wie *Alesina und Spolaore* (2005) – Vor- und Nachteile einer Unionserweiterung betrachtet: Die Vorteile liegen in der Steigerung der Markteinkommen in der Gemeinschaft durch Freihandel und einer verbesserten sicherheitspolitischen Lage der Mitgliedsländer; der Nachteil besteht in einer mit Erweiterung der Union verbundenen Zunahme der Entscheidungsfindungskosten. *Apolte* analysiert verschiedene Abstimmungsgleichgewichte über die EU-Erweiterung und argumentiert, dass alle auf eine suboptimale Mitgliederzahl hinweisen; sowohl im Hinblick auf die Markttöffnung als auch im Hinblick auf den Sicherheitsaspekt neigen die Unionsmitglieder dazu, sich gegenüber den Beitrittsländern abzuschotten, weil diesen Ländern ein Teil der Vorteile zufällt, der von den Insidern ignoriert wird.

Herbert Brücker (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) fragt in seinem Korreferat, welche Schlussfolgerungen sich aus diesen Ergebnissen für die politische Gestaltung von Erweiterungsprozessen ergeben? Optimal wäre es, nicht nur die Altmitglieder, sondern diese gemeinsam mit den Neumitgliedern über eine Erweiterung abstimmen zu lassen, was politisch nicht durchsetzbar sein dürfte. Deshalb schlägt er als alternative Lösung vor, die alte Gemeinschaft insgesamt und nicht einzelne Länder abstimmen zu lassen oder die Entscheidung auf supranationale Gremien, wie der Europäischen Kommission oder dem Europäischen Parlament, zu übertragen.

Oliver Volckart (Humboldt-Universität Berlin) geht in seinem Beitrag „Die Ursachen der deutschen Kleinstaaterei“ aus wirtschaftshistorischer Sicht der Frage nach, warum sich in Deutschland – anders als beispielsweise in England oder Frankreich – nicht spätestens bis zur frühen Neuzeit ein zentralistisch regierter Einheitsstaat herausgebildet hat? Auf diese Frage geben weder *Friedman* (1977) noch *Alesina und Spolaore* (2005) eine befriedigende Antwort, weil ihre Erklärungsmuster den historischen Erfahrungen in Deutschland widersprechen. Deshalb präsentiert *Volckart* eine institutionenökonomische Erklärung für das Entstehen und Fortbestehen der deutschen Kleinstaaterei im Mittelalter und in früher Neuzeit, die auf die Durchsetzung von Lehnverträgen und auf die Ausgestaltung der Reichsverfassung abstellt. Er argumentiert, dass im hochmittelalterlichen Deutschland – wegen unzureichender Infrastruktur und mangelnder Verbreitung von Schriftlichkeit – Vasallen über erhebliche Handlungsspielräume gegenüber ihren Lehnsherren verfügten, sodass sie sich verselbständigen konnten. Diese kleinstaatliche Territorialstruktur wurde dann durch die Verfassung des Heiligen Römischen Reichs geschützt, deren Institutionen territoriale Veränderungen erheblich er-

schwerten und durch Sanktionsandrohung der Reichsgerichte potenzielle Aggressoren innerhalb der Reichsstände disziplinierten.

Dass allein Kosten der Kontrolle die politische Zersplitterung Deutschlands beförderte, hält *Hans-Jürgen Wagener* (Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) mit Blick auf andere politisch ebenfalls zersplitterte Staaten – vor allem Italien – für unplausibel. Er argumentiert in seinem Korreferat, dass Kontrollkosten hier keinen Rolle gespielt hätten; trotzdem habe sich kein Zentralstaat entwickelt, weil eine Zentralmacht fehlte mit der Absicht, eine umfassende Territorialherrschaft zu errichten. Das sei auch in Deutschland der Fall gewesen, wo der Kaiser kein Interesse daran haben konnte, einen deutschen Territorialstaat gegen die Fürsten durchzusetzen, um deren Kooperation nicht zu verlieren.

Carsten Herrmann-Pillath (Universität Witten/Herdecke) kritisiert in seinem Beitrag „Heterogenität, Wachstum von Staaten und wissenschaftender politischer Wettbewerb“ zwei wichtige Bestandteile des Ansatzes von *Alesina et al.*, nämlich erstens die These, dass zunehmende Heterogenität von Präferenzen in großen Ländern mit höheren Kosten verbunden sei, und zweitens die These, dass die optimale Staatsgröße mit zunehmendem Welthandel abnehme, der insofern ein Faktor der Desintegration von Staaten sei. Er stellt dem entgegen die evolutionstheoretisch begründete These, dass Heterogenität der Präferenzen von Akteuren in Netzwerken eine Voraussetzung für die Schaffung von Vertrauen sei und senkend auf Transaktionskosten wirke; dies hätte zur Konsequenz, dass die Vorstellung einer „optimalen Staatsgröße“ zusammenbricht. Außenhandel wirke darüber hinaus nicht desintegrativ, sondern fördere den Trend zur Bildung größerer Wirtschaftsräume, die gleichzeitig mit größerer Heterogenität einhergehen.

Der zweite Teil des Bandes beschäftigt sich mit der Verteilung öffentlicher Aufgaben innerhalb einer Nation. Obwohl Skalenerträge dafür sprechen, dass alle öffentlichen Güter innerhalb derselben Jurisdiktion angeboten werden, liegen häufig nicht alle staatlichen Aufgaben in der Hand allein einer Zentralregierung, sondern sind teilweise auf subnationale und supranationale Jurisdiktionsebenen ausgelagert. *Lars P. Feld* und *Wolfgang Kerber* (beide Universität Marburg) untersuchen in ihrem Beitrag „Mehr-Ebenen-Jurisdiktionssysteme: Zur variablen Architektur von Integration“ die Funktionsprobleme mehrstufiger Jurisdiktionssysteme und stellen ökonomische Kriterien für eine optimale Kompetenzzuweisung auf einzelne Ebenen zusammen. Sie betonen, dass die Suche nach geeigneten Regeln im Vordergrund bei der Organisation von Mehr-Ebenen-Jurisdiktionssystemen stehen muss, die es erlauben, eine gewählte Kompetenzzuweisung zu revidieren, wenn veränderte Rahmenbedingungen dies erfordern.

Traditionell gilt Japan als ein Paradebeispiel für ein bislang zentralistisch organisiertes Staatsgebilde, für das eine stärkere Dezentralisierung gefordert wird. Dieses Beispiel untersucht *Werner Pascha* (Universität Duisburg-Essen) in seinem Beitrag „Föderalismus in Japan: Eine sinnvolle Idee zur Reform der Wirtschaftspolitik?“. Er zeigt die historischen Wurzeln des japanischen Zentralismus auf und

stellt Ansätze zu dezentralen und föderalen Strukturen in Japan vor. Er argumentiert, dass eine signifikante Dezentralisierung in Japan vor allem angesichts der überragenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region Tokio mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. In seinem Korreferat stellt *Karl-Hans Hartwig* (Universität Münster) die Frage, ob eine föderale Ordnung für Japan überhaupt vorteilhaft sei.

Der dritte Teil des Bandes thematisiert die Integration von Wirtschaftsräumen durch Finanznetzwerke und betrachtet beispielhaft hierfür ein sehr erfolgreiches informelles Finanzsystem, das *Markus Taube* (ebenfalls Universität Duisburg-Essen) in seinem Beitrag „*Hawala* – Institutionelle Fundierung eines ‚Zahlungssystems‘ jenseits formaler Finanzsysteme“ vorstellt. „*Hawala*“ ist ein vor allem in islamischen Ländern verbreitetes Überweisungssystem, das es den beteiligten Akteuren ermöglicht, bestehende Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen. Taube stellt die Funktionsweise dieses Zahlungssystems aus institutionenökonomischer Sicht dar und zeigt, über welche Mechanismen – und zu welchen Kosten – dieses System trotz der Unvollständigkeit der zugrunde liegenden Vertragsbeziehungen funktioniert. *H. Jörg Thieme* (Universität Düsseldorf) listet in seinem Korreferat einige ungelöste Fragen auf, die mit der wachsenden Verbreitung von *hawala*-Zahlungssystemen verbunden sein können.

Natürlich erhebt der vorliegende Band mit der Zusammenstellung dieser sechs Beiträge (einschließlich der Korreferate) nicht den Anspruch, die eingangs angesprochene Endogenisierung von Ländergrößen zu leisten. Vielleicht bietet er jedoch einige aus institutionenökonomischer oder wirtschaftshistorischer Sicht interessante Antworten auf die Frage, wovon die ökonomischen und politischen Grenzen von Wirtschaftsräumen abhängen.

Literatur

- Alesina, A./Spolaore, E.* (1997): On the Number and Size of Nations, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 112, S. 1027 – 1056.
- Alesina, A./Spolaore, E.* (2005): *The Size of Nations*, Cambridge (Mass.) / London.
- Alesina, A./Spolaore, E./Wacziarg, R.* (2000): Economic Integration and Political Disintegration, in: *American Economic Review*, Vol. 90, S. 1276 – 1296.
- Alesina, A./Spolaore, E./Wacziarg, R.* (2005): Trade, Growth and the Size of Countries, in: *P. Aghion/S. Durlauf* (eds.), *Handbook of Economic Growth*, Chapter 23, Amsterdam, S. 1499 – 1542.
- Friedman, D.* (1977): A Theory of the Size and Shape of Nations, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 85(1), S. 59 – 77.

Erster Teil

Zur Größe von Nationen

Gibt es eine optimale Größe der Europäischen Union?

Von *Thomas Apolte**, Münster

A. Einleitung

Diskussionen über die künftigen geografischen Grenzen der Europäischen Union setzen zumeist an konkreten Fällen an und werden dominiert von geschichtswissenschaftlichen, ethnologischen, kulturwissenschaftlichen und nicht zuletzt religionswissenschaftlichen Überlegungen. Man versucht dem Problem der Grenzen Europas durch die Frage näher zu kommen, was „der Natur der Sache nach“ Europa sein könne und was das Eigentliche, dem Phänomen Europa innewohnende sei, von dem ein jeder Staat ebenfalls geprägt sein müsse, damit er als Mitglied akzeptiert werden kann. Solche Überlegungen bieten meist wenig konkrete Anhaltspunkte, was grundsätzliche methodologische Gründe hat. So überrascht es nicht, dass sich damit – je nach persönlicher Vorliebe – alles und jedes herleiten lässt. Wer der Integration der Türkei in die EU offen gegenüber steht, der findet dort seine Argumente, und wer sie kritisch sieht, findet sie dort ebenfalls.

Ökonomen haben sich mit der Frage optimaler Gemeinschafts- oder Staatengrößen im Allgemeinen und einer optimalen Größe der EU im Besonderen eher zurückgehalten.¹ Das mag daran liegen, dass sich Ökonomen vorwiegend für die Integration von Märkten interessieren und dass der Standardfall hierfür durch zunehmende Skalenerträge geprägt ist, so dass ein Integrationsraum mit zunehmender Größe zunehmende Wohlfahrtsvorteile verspricht. Der weit überwiegende Anteil der Ökonomen teilt diese Einschätzung, so dass der optimale Integrationsraum der Märkte stets die ganze Welt umfasst. Nicht zuletzt deshalb ist die Haltung der Wirtschaftswissenschaftler zu regional abgegrenzten Integrationsräumen, wie jenem der EU, ambivalent (*Kaiser* 2003). Gleichwohl wissen die Ökonomen natürlich, dass die Integration der Märkte nur *ein* Motiv neben verschiedenen anderen Motiven ist, die die europäische Integration seit mehr als einem halben Jahrhundert angetrieben haben. Weiterhin ist unter Ökonomen heute unbestritten, dass eine Integration von Märkten aufgrund verschiedener polit-ökonomischer Strukturen

* Für wertvolle Anregungen danke ich *Uwe Vollmer* sowie meinem Mitarbeiter *Heiko Peters*.

¹ Zu den Ausnahmen gehören: *Alesina/Spolaore* (2005); *Brücker/Schrettl* (1999).

nicht ohne eine gewisse Integration von staatlichen Institutionen zu haben ist – nicht zuletzt weil Regierungen einzelner Staaten trotz der damit verbundenen Wohlfahrtsverluste zu Protektionismus und Marktabstottung neigen (*Schuknecht* 1990; *Ders.* 1992). Eine Integration von staatlichen Institutionen dürfte aber keineswegs unbegrenzte Skalenerträge aufweisen, so dass optimale Größen hier leicht vorstellbar sind.²

Zieht man in Betracht, dass es neben der Marktintegration weitere Integrationsmotive im europäischen Einigungsprozess gibt und dass gemeinsame Institutionen keine oder höchstens begrenzte Skalenerträge aufweisen, so lassen sich daran ökonomische Überlegungen zu einer optimalen Größe der Europäischen Union anknüpfen, die sich zumindest konzeptionell als hilfreich erweisen könnten. In diesem Beitrag wird ein entsprechender Versuch unternommen, der clubtheoretisch fundiert ist (*Buchanan* 1965; *Sandler/Tschirhart* 1980) und der in ähnlicher Weise wie *Alesina/Spolaore* (2005) an Zielkonflikten zwischen Marktintegration und institutioneller Integration anknüpft. Im nächsten Abschnitt wird zunächst ein Grundgerüst für die Herleitung einer optimalen Gemeinschaftsgröße konstruiert. Darauf aufbauend wird dann der Frage nachgegangen, aus welcher Sicht sich welche optimalen Größen ergeben, denn dies ist keineswegs unterschiedslos. Zunächst wird die Sicht der „Alt-EU“ präsentiert, die sich von der Sicht Gesamteuropas inklusive aller potenziellen Neumitglieder unterscheidet. Schließlich werden auf der Basis eines einfachen Medianwähleransatzes einige Überlegungen zur internen Entscheidungsfindung innerhalb der EU-Staaten angestellt. Ziel der Betrachtungen ist es, erstens ein Konzept für eine optimale Größe der EU vorzustellen, zweitens zu zeigen, von welchen exogenen Variablen die optimale Gemeinschaftsgröße abhängig ist und drittens zu untersuchen, inwieweit die kollektiven Abstimmungsprozesse eine Annäherung der tatsächlichen an die optimale Größe der EU erwarten lassen. Im letzten Abschnitt finden sich einige komparativ-statische Betrachtungen über den Einfluss exogener Variablen auf die optimale EU-Größe.

B. Ein einfaches Konzept der optimalen Gemeinschaftsgröße

Als Erträge einer EU-Erweiterung für die Bürger seien im Folgenden ausschließlich die Wirkungen der Erweiterung des Binnenmarktes auf die Markteinkommen der EU-Bürger betrachtet. Es gibt zweifellos weitere Erträge, vor allem solche, die nicht unmittelbar auf die Markteinkommen einwirken. Von solchen wird in diesem Beitrag aber abstrahiert. Sinngemäß könnte man gleichwohl auch

² Hierzu bietet die ökonomische Föderalismusstheorie interessante Ansätze (*Oates* 1999). Diese beziehen sich aber mehr auf die Aufgabenverteilung zwischen verschiedenen föderalen Ebenen als auf die absolute Grenze eines Staatsgebietes. In diesem Zusammenhang entwickeln manche Autoren gar Visionen von überlappenden und variablen Jurisdiktionen, siehe *Frey/Eichenberger* (1997).

solche Faktoren in die Analyse mit einbeziehen. Neben den Erträgen einer Erweiterung fallen für die Bürger allerdings auch Kosten an. Diese bestehen vor allem in der Zunahme der administrativen Kosten, die mit einer Erweiterung der EU verbunden sind; vor allem zunehmende Entscheidungsfindungskosten.

Was die Markteinkommen der EU-Bürger betrifft, so wird im Folgenden angenommen, dass eine Erweiterung des EU-Binnenmarktes sowohl für die alten EU-Staaten als auch für potenzielle Beitrittskandidaten strikt wohlfahrtssteigernd wirkt. Zwar setzt dies voraus, dass die handelsumlenkenden Effekte von den handelsschaffenden Effekten dominiert werden, was nicht selbstverständlich ist. Gleichwohl scheint dies aber insgesamt eine realistische Annahme zu sein (*Grimwade* 2004). Daraus folgt, dass die Markteinkommen der Bürger mit einer Zunahme der Mitgliedstaaten steigen. Wenn y_i die Markteinkommen der Bürger des i -ten EU-Landes bezeichnet und die EU aus N Mitgliedstaaten besteht, so lassen sich die Markteinkommen als Funktion $y_i(N)$ mit $dy_i/dN > 0$ und $d^2y_i/dN^2 < 0$ formulieren. Es erscheint realistisch, dass der marginale Einkommenszuwachs mit zunehmender Größe der EU kleiner wird, weil eine Erweiterung eines bereits großen Marktes nicht mehr so gravierende Wohlfahrtszuwächse induziert wie die Erweiterung eines kleinen Marktes.

Gäbe es nur die Erträge der Erweiterung in Form höherer Markteinkommen, so würde die optimale Gemeinschaftsgröße die ganze Erde umfassen. Man mag es für ein hinreichendes Motiv für die Suche nach Gegenkräften halten, die Analyse vor der Trivialität zu bewahren. Aber auch abseits solch fragwürdiger Motive lassen sich Gegenkräfte identifizieren, die in der Realität von nicht zu unterschlagender Bedeutung sind. Darauf weist schon die Tatsache hin, dass es praktisch keine ernst zu nehmenden Stimmen gibt, die einer unbegrenzten Ausdehnung der EU-Grenzen das Wort reden. *Alesina* und *Spolaore* (2005) bemühen in ihrem Buch zu optimalen Staatsgrößen das Phänomen der wachsenden Heterogenität der Bevölkerung, die dazu führt, dass die Politik gezwungen wird, sich in ihrem Angebot an einem Mittelwert zu orientieren, der sich mit zunehmender Heterogenität immer weiter von den „Rändern“ des Präferenzspektrums entfernt.

Für Staaten kann dies sicher als plausible Annahme gelten, und auch für die EU gibt es Indikatoren, die auf regionale Präferenzunterschiede öffentlicher Leistungen hindeuten (*Schuster* 2001). Andererseits konzentriert sich die EU-Politik weniger auf das Angebot öffentlicher Güter oder Sozialleistungen. Ihre fiskalischen Ausgaben richten sich praktisch weder nach den Präferenzen der Bürger auf dezentraler noch nach irgendeinem Durchschnitt der Präferenzen auf zentraler Ebene. Vielmehr richten sich diese Aufgaben an den jeweiligen Kompromissformeln der Mitgliedstaatsregierungen im Rat aus (*Apolte* 2004). Aus diesen Gründen mag die Heterogenität von Präferenzen für die Bestimmung optimaler Staatsgrößen eine wichtige Bedeutung haben. Sie mag in gewissen Grenzen und unter idealisierten Bedingungen sogar für die EU relevant sein. Sie dürfte aber von einem anderen Faktor bei weitem in den Schatten gestellt werden: Der Fähigkeit der EU-Institutionen, mit wachsender Mitgliederzahl unter vertretbarem Auf-